

Pressedienst Nr. 16446
Dienstag, 17. Jänner 2023

Wintertagung zum Thema Versorgung: Transformation braucht innovative Lösungen	1
Moosbrugger: Österreich baut Vorreiterrolle im Agrarumweltbereich aus	3
Hagelversicherung ist EU-weit Pionier in der Nutzung von ESA-Satellitendaten	4
PEK-Vorstand begrüßt neue Kraftstoffverordnung	4
EU-Schlachtrindermarkt: Erste Überhänge bei Jungstieren	5
Rübenbauernbund Burgenland: Zuckerrübenanbau hat wieder Perspektive	6
Strasser: Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit sind keine Gegensätze	7
proPellets Austria: Gesetzliche Bevorratungspflicht für mehr Versorgungssicherheit	7

Wintertagung zum Thema Versorgung: Transformation braucht innovative Lösungen

Pernkopf: Produktionseinschränkungen sind der falsche Weg

Wien, 17. Jänner 2023 (aiz.info). - Das Thema Versorgungssicherheit sowohl mit Lebensmitteln als auch mit Energie steht im Zentrum der 70. Wintertagung des Ökosozialen Forum Österreich, die heute, Dienstag, in traditioneller Weise mit dem Tag für Agrarpolitik eröffnet wurde. Während Bundesminister **Norbert Totschnig** die Leistungen der heimischen Bäuerinnen und Bauern für eine nachhaltigere und umweltgerechtere Landwirtschaft hervorhob, sprach sich der Präsident des Ökosozialen Forums, **Stephan Pernkopf**, gegen Produktionseinschränkungen aus. "Die Landwirtinnen und Landwirte sind in der Lage die Menschen zu ernähren. Wenn wir nicht selbst produzieren, importieren wir Sozialdumping", stellte Pernkopf klar. **Michael Obersteiner**, Direktor des Environmental Change Institute der Oxford Universität, appellierte für mehr ambitionierte und innovative Lösungen, speziell im Umweltbereich. "Hier muss die Politik effizienter gestalten."

Zum Motto der Wintertagung 2023 "Selber produzieren statt Krisen importieren - Wie wir unsere Erde, Energie und Ernährung für morgen sichern", schlug Pernkopf eine Vorratshaltung für wichtige Lebens- und Betriebsmittel sowie Medikamente nach dem Vorbild der Schweiz vor. Dort gebe es nicht nur eine staatliche Vorratshaltung, sondern auch eine in Kooperation mit der Wirtschaft. "Das Thema könnte im geplanten Krisensicherheitsgesetz der Bundesregierung berücksichtigt werden", so Pernkopf.

Führen Diskussion mit vollem Bauch

Zudem betonte Pernkopf die soziale Verantwortung des Ökosozialen Forums: "Wir führen in Österreich beziehungsweise in Europa eine Diskussion mit vollem Bauch. Bis zum Jahr 2019 ist die Zahl der weltweit hungernden Menschen zurückgegangen, seither hungern aber wieder an die 150 Mio. Menschen mehr. Dagegen muss etwas unternommen werden."

Zur Umwelt- und Klimaeffizienz der heimischen Landwirtschaft verwies Pernkopf auf eine gemeinsame Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), der Universität für Bodenkultur und dem Umweltbundesamt im Auftrag des Ökosozialen Forums. Daraus geht hervor, dass der durchschnittliche Getreideertrag in Österreich pro ha rund 1 t über dem EU-Schnitt bei geringem Düngeraufwand liegt. Demnach kommt Österreich im Bereich der CO2-Äquivalente auf 1,68 kg pro Euro Wertschöpfung - in Deutschland sind es um 20% mehr. In England liegt die Zahl mit 2,96 kg CO2-Äquivalenten pro Euro Wertschöpfung noch höher. "Österreich wird ständig besser und konnte sich in den letzten 20 Jahren um 20% verbessern", unterstrich Pernkopf. Der Trend sei vor allem in der Milchproduktion nachweisbar, bei der man sich von 0,98 kg CO2 pro kg Milch im Jahr 1990 auf 0,52 kg im Jahr 2022 verbessern konnte.

Totschnig: Teilnahme an ÖPUL-Maßnahmen gesteigert

Totschnig betonte die gesteigerten Teilnehmerzahlen heimischer Landwirte an dem freiwilligen Agrarumweltprogramm "ÖPUL" in der neuen Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023. "Die Teilnehmerzahlen zum neuen Agrarumweltprogramm zeigen, dass wir mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik am richtigen Weg sind. Wir verzeichnen bereits über 90.000 Anträge - und

damit rund 4.000 Anträge mehr als im Vorjahr. Unsere Bäuerinnen und Bauern nützen also die Angebote in Richtung Klima, Artenvielfalt und Tierwohl gut. Damit setzen wir den Weg unserer Qualitätsstrategie fort und sichern die Lebensmittelversorgung weiter ab. Die Teilnahme der Bäuerinnen und Bauern am Agrarumweltprogramm 2023 ist ein voller Erfolg", führte Totschnig aus.

Im Detail nehmen mehr Landwirte an der ÖPUL-Maßnahme umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung (UBB) teil: Aktuell über 48.000 UBB-Betriebe gegenüber 46.000 im Jahr 2022. Erhöht hat sich laut dem Minister auch der Bio-Anteil auf rund 22.800 Betriebe (2022: 22.480) sowie die Zahl der Betriebe, die an einer Naturschutz-Maßnahme teilnehmen, auf 21.655 (2022: 17.430). Im Bereich Tierwohl-Stallhaltung bei männlichen Rindern sind 6.500 Anträge (2022: 2.000) eingegangen.

"Die vergangenen Jahre haben uns gelehrt, mit Krisen umzugehen und aus ihnen zu lernen. Unser Ziel ist es, die Resilienz unserer kleinstrukturierten, bäuerlichen Landwirtschaft auch in Zukunft auszubauen. Die hohe Eigenversorgung bei Grundnahrungsmitteln und der Fokus auf erneuerbare Energieträger wird sich bewähren. Seit meinem Amtsantritt ist die Versorgungssicherheit eine absolute Priorität und das wird auch so bleiben", erklärte Totschnig.

Obersteiner: Treibhausgasemissionen müssen net-negativ gehen

Laut dem aus Österreich stammenden Wissenschaftler Michael Obersteiner sind künftig mehr Ambitionen und Innovationen im Umweltbereich nötig, um die Treibhausgasemissionen nicht nur zu senken, sondern auch ins Minus zu drehen. Durch Methoden der sogenannten zirkulären Bioökonomie, die auch die Materialwirtschaft berücksichtigen, könnte etwa Kohlenstoff aus pflanzlicher Biomasse dazu verwendet werden, den Wasserstoff zu tragen, der aus den erneuerbaren Energien kommt. "Den Wasserstoff nur aus der Biomasse zu holen, wird nicht ausreichen. Zudem müssen wir CO₂ aus der Atmosphäre holen und in die Böden und geologischen Formationen bringen. Aber eines muss klar sein: Das macht nur Sinn, wenn man es global macht. Dann schaffen wir den Sprung von der klassischen Ökonomie zur Transitionsökonomie, mit der man eine systemische Resilienz erreichen kann", schilderte Obersteiner. Die notwendigen Technologien, um mit fossilen Energien konkurrenzfähig zu sein, fehlen aber noch oder werden aktuell entwickelt, schränkte der Wissenschaftler ein.

Für die systemische Resilienz müssten Klimaziele und Versorgungssicherheit unter einen Hut gebracht und die Ökonomie dazu umgebaut werden. "Das ist derzeit eine riesige Herausforderung, die wir langfristig trotz Krieg und Pandemie bewältigen müssen", so Obersteiner.

Nicht zuletzt sprach der Expert von einem künftig flexibleren Konsum. "Es geht nicht an, dass wir locker weiter essen, was wir wollen, wenn es eine globale Ernährungskrise gibt. Wir müssen den Überkonsum im Sinne unserer Gesundheit und Solidarität herunterfahren", merkte Obersteiner kritisch an.

70. Wintertagung

Die 70. Wintertagung des Ökosozialen Forums findet von 17. bis 26. Jänner 2023 statt. An insgesamt zehn Fachtagen wird von Vortragenden und Diskussionsgästen die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft auf Basis biogener Rohstoffe behandelt, um die Versorgungssicherheit auch in Krisenzeiten künftig gewährleisten zu können. Eine Teilnahme ist sowohl vor Ort als auch online möglich. Die Videos der

Vorträge und Diskussionen sind im Anschluss in der Wintertagungs-Mediathek unter oekosozial.at abrufbar. (Schluss) hub

Moosbrugger: Österreich baut Vorreiterrolle im Agrarumweltbereich aus

Trotz höherer Anforderungen ÖPUL-Teilnahme weiter gesteigert - Konsumbekenntnis wichtig

Wien, 17. Jänner 2023 (aiz.info). - "Trotz schwieriger Gesamtbedingungen und höherer Anforderungen in der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist eine Steigerung der Antragszahlen beim Österreichischen Agrarumweltprogramm (ÖPUL) 2023 gelungen", betont Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ)-Präsident **Josef Moosbrugger**. Nach derzeitigem Stand ist eine Zunahme von insgesamt 86.000 auf 90.000 Anträge zu verzeichnen, was einem Plus von 4.000 Anträgen entspricht.

"Österreich baut somit seine Vorreiterrolle im Agrarumweltbereich aus, die auch von Seiten der EU-Kommission wiederholt als vorbildhaft gelobt worden ist. Die hohe Akzeptanz des Umweltprogrammes zeigt, dass sich die heimischen Bäuerinnen und Bauern trotz ständig steigender Anforderungen neben ihrer Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung auch klar zu Nachhaltigkeit und Schutz unserer Lebensgrundlagen bekennen. Diese Zunahme ist ein sichtbares und deutliches Bekenntnis zum Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz", unterstreicht Moosbrugger. Schon bisher nahmen über 80% der österreichischen Betriebe am ÖPUL teil.

"Gleichzeitig zeigt diese Steigerung, dass es in intensiven Verhandlungen trotz höherer Anforderungen gelungen ist, für die überwiegende Mehrheit der Betriebe praktikable Teilnahmebedingungen zu erwirken", erklärt der LKÖ-Präsident. So verzichten die Betriebe in verschiedenen Maßnahmen etwa auf bestimmte Betriebsmittel, setzen gezielte biodiversitätsfördernde Maßnahmen oder sorgen für noch mehr Tierwohl. Das bewirkt eine Verringerung der Erträge bzw. Erlöse, was einen Ausgleich in Form von Anreizen erfordert. "Bei einzelnen Maßnahmen gibt es noch Herausforderungen bzw. Klärungsbedarf. Gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium streben wir rechtssichere Festlegungen mit der EU-Kommission an", so der LKÖ-Präsident.

Zukunft der Landwirtschaft muss auf den Märkten gesichert werden

"Österreichs Bäuerinnen und Bauern haben erneut ein klares Nachhaltigkeitsbekenntnis abgelegt. Ihre Qualitätsprodukte sind mit deutlichen Mehrleistungen für das vielfältige Leben und insbesondere die Menschen in unserem Land verbunden. Auf Dauer wird das nur mit einem rot-weiß-roten Konsumbekenntnis der Bevölkerung möglich sein. Umwelt- und Biodiversitätsschutz endet nicht am Feld, sondern muss bis in den Einkaufswagen reichen. Von den Bäuerinnen und Bauern immer mehr zu verlangen, ist zu wenig. Wer selbst im Sinne von Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz handeln will, sollte gezielt zu heimischen Qualitätsprodukten greifen. GAP und ÖPUL sind wichtig, die Zukunft der Landwirtschaft muss jedoch auf den Märkten gesichert werden", so Moosbrugger.

Das ÖPUL gilt als bestes Beispiel dafür, dass Österreichs Agrarpolitik die Zeichen der Zeit sehr früh erkannt und im Sinne echter Nachhaltigkeit - Umwelt, Wirtschaft und Soziales - gehandelt hat. Das ÖPUL 2023 ist seit dem EU-Beitritt 1995 bereits das sechste Agrarumweltprogramm und bildet neben der Ausgleichszulage für Betriebe in benachbarten Gebieten ein Herzstück der Ländlichen Entwicklung. Die Buchstaben stehen für "Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft". Insgesamt besteht es aus 25 verschiedenen Maßnahmen - einem breiten Mix an Möglichkeiten für die konventionelle und biologische Landwirtschaft. (Schluss)

Hagelversicherung ist EU-weit Pionier in der Nutzung von ESA-Satellitendaten

Regelmäßiger Austausch mit der neuen ESA-Direktorin für Erdbeobachtung in Frascati

Wien, 17. Jänner 2023 (aiz.info). - Die Europäische Weltraumorganisation ESA ist als Pendant zur US-Bundesbehörde NASA Europas Tor zum All. Die Zielsetzung der ESA-Projekte reicht von der Erforschung der Erde und ihres unmittelbaren Umfelds, des Sonnensystems und des Universums über die Förderung verschiedener europäischer High-Tech-Industrien bis hin zur Entwicklung satellitengestützter Technologien und Dienstleistungen. Die Österreichische Hagelversicherung nutzt bereits seit mehr als fünf Jahren die ESA-Dienstleistungen in Form von Satellitendaten, beispielsweise für die Feststellung von Schäden nach Naturkatastrophen wie im Fall von Dürre.

"Als agrarischer Spezialversicherer in Österreich und fünf osteuropäischen Ländern bieten wir unseren Kunden die umfassendste Produktpalette und die modernste Schadenserhebung Europas an. Wir haben eine sehr enge Kooperation mit der ESA und stehen auch in einem regelmäßigen Austausch mit dem ESA-Generaldirektor Josef Aschbacher und mit der neuen ESA-Direktorin für Erdbeobachtung in Frascati, Simonetta Cheli. Die ESA-Satellitendaten werden von uns für die Schadenserhebung weiter aufbereitet. Zudem stellen wir unseren versicherten Landwirten ein modernes und einzigartiges, satellitengestütztes Monitoring-Tool ihrer Agrarflächen zur Verfügung. Die Folgen des Klimawandels sind so für die versicherten Landwirte kalkulierbarer und frühzeitig erkennbar", sieht der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, **Kurt Weinberger**, die Vorteile der Nutzung von Weltraumdaten, womit die Österreichische Hagelversicherung weiterhin Technologieführer in Europa ist. (Schluss)

PEK-Vorstand begrüßt neue Kraftstoffverordnung

Klares Bekenntnis zu mehr Biodiesel insbesondere im Transportwesen

Wien, 17. Jänner 2023 (aiz.info). - Die Plattform Erneuerbare Kraftstoffe (PEK) zieht anlässlich ihres Neujahrsempfangs eine positive Bilanz für das Jahr 2022. "Gleichzeitig blicken wir zuversichtlich in das neue Jahr", so Obmann **Johannes Schmuckenschlager**. "Wir haben uns bei unserer Gründung vor 18 Monaten dem Grundsatz 'Ergänzen, nicht ersetzen' verschrieben. Das bedeutet, wir müssen alle verfügbaren Technologien einsetzen und ausbauen, um die Energie- aber auch die Verkehrswende zu schaffen", so Schmuckenschlager weiter. Die jüngsten energiepolitischen Weichenstellungen zeigen, dass dieser Grundsatz auch ernst genommen wird. So wurden in der mit

Jahreswechsel in Kraft getretenen Novelle der Kraftstoffverordnung (KVO), zentrale Forderungen der PEK, wie etwa die Einführung von E10 umgesetzt. "Aber auch das gerade erst vorgestellte 'Erneuerbare-Gase-Gesetz' zeigt, dass der Weg in Richtung Steigerung der Beimengung biogener Komponenten zu fossilen Energieträgern konsequent weiter beschritten wird", so Schmuckenschlager mit Blick auf die Regierungsklausur in der vergangenen Woche.

"Wer fossile Energieträger reduzieren will, der muss klare Rahmenbedingungen schaffen, um diese auch faktisch zu ersetzen. Mit der Novelle der Kraftstoffverordnung wurde genau dieser Rahmen geschaffen", so **Ewald-Marco Münzer**, PEK-Vorstandsmitglied und frisch gewählter Präsident des europäischen Biokraftstoffproduzentenverbands EWABA. "Aber nicht nur das Bekenntnis des Umweltministeriums (BMK) zu mehr Bioethanol im Tank stimmt mich zuversichtlich. Auch hat das BMK vor wenigen Wochen klargestellt, dass Verkehrsmittel, die zu 100% mit Biokraftstoffen, also etwa Biodiesel oder Biogas, betrieben werden, mit gleichwertigem oder sogar geringerem Treibhausgaspotenzial als die Bahn anzusehen sind. Das ist ein klares Bekenntnis zu mehr Biodiesel, insbesondere im Transportwesen, und zu abfallbasierten Biokraftstoffen."

Vor allem aber begrüßt die PEK den Fokus des Umweltministeriums auf die Zahl "10". "Neben der E10-Einführung und der angestrebten Ver-10-fachung der Biogasproduktion in den kommenden Jahren auf etwas mehr als 10 TWh, wäre die Einführung von B10 (Dieselkraftstoff mit 10% Biodiesel) die logische Konsequenz."

"2023 wird das Jahr der höheren Biokraftstoffbeimengungen. Mit E10, also eine Steigerung der Bioethanol-Beimengung im Benzinbereich von fünf auf 10%, wird der erste wichtige Schritt gesetzt", zeigt sich auch **Bernhard Wiesinger**, Leiter der ÖAMTC-Interessenvertretung und ebenfalls PEK-Vorstandsmitglied erfreut. "Seit über zehn Jahren, genauer gesagt ab dem Jahr 2011, sind grundsätzlich alle Benzin-Motoren E10-verträglich. Bei neueren Fahrzeugen finden sich diesbezügliche Informationen in Form eines Aufklebers in der Tankklappe. 15 weitere EU-Mitgliedstaaten haben diese Ökologisierungsmaßnahme bereits erfolgreich eingeführt. Laut Berechnung der Österreichischen Energieagentur könnten auf diesem Wege pro Jahr mindestens 140.000 t CO₂ zusätzlich im Verkehrssektor eingespart werden", so Wiesinger abschließend. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Erste Überhänge bei Jungstieren

Österreich: Steigende Notierung für Schlachtkühe

Wien, 17. Jänner 2023 (aiz.info). - Europaweit zeigen sich die Schlachtrindermärkte ausgeglichen. In Deutschland ist das Angebot sowohl bei Jungstieren als auch bei Kühen weiterhin klein, bei zugleich verhaltener Nachfrage. Schwierig gestaltet sich der Markt im Handel mit Jungstieren, wo sich regional etwas Überhänge aufbauen und der Druck zunimmt. Seitens der Schlachtunternehmen werden Preisabschläge gefordert, teilt die Rinderbörsen mit.

In Österreich ist das Angebot bei Jungstieren in etwa gleich zur Vorwoche. Gleichzeitig gehen wir von einer rückläufigen Nachfrage aus. Das typische Jänner-Loch erschwert den Absatz, dennoch sind die Preise stabil. Bei Schlachtkühen stellt sich die Marktsituation etwas differenziert dar. Das Angebot ist weiterhin gering und die Export-Situation Richtung Schweiz gestaltet sich nach wie vor positiv. Die Preise gehen hier leicht nach oben. Dagegen führte die Marktsituation bei Schlachtkälbern zu leichten Preisreduktionen.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 abermals mit einem Preis von 4,72 Euro/kg Schlachtgewicht, für Kalbinnen werden wiederum 4,16 Euro/kg erwartet. Während die Notierung für Schlachtkälber auf 6,85 Euro/kg sinkt, steigt jene für Schlachtkühe auf 3,25 Euro/kg. Die angegebenen Basispreise sind Bauerauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Rübenbauernbund Burgenland: Zuckerrübenanbau hat wieder Perspektive

Fröch als Präsident wiedergewählt, Reheis folgt Prieler als Geschäftsführer nach

Klingenbach, 17. Jänner 2023 (aiz.info). - "Der Markt am Zuckersektor befindet sich in einem Aufwärtstrend, wodurch die Zuckerrübe wieder eine interessante Ackerkultur wird. Auch das Preisniveau ist so hoch, wie schon seit 15 Jahren nicht mehr", berichtete **Markus Fröch**, Präsident des Burgenländischen Rübenbauernbundes gestern bei der 60. Vollversammlung der Landesorganisation. Daher bestehe die Hoffnung, dass in den nächsten Jahren wieder mehr Zuckerrüben angebaut werden, ergänzte Landwirtschaftskammer-Präsident Nikolaus Berlakovich. "Im Burgenland haben wir beim Zucker zwar einen Selbstversorgungsgrad von über 100%, aber wir müssen auch andere Bundesländer mitversorgen." Etwa 230 Landwirtinnen und Landwirte haben im Vorjahr im Burgenland auf einer Fläche 2.200 ha Rüben angebaut und über 108.600 t geerntet. Die Anbaufläche hat sich in den letzten zehn Jahren halbiert. Alleine von 2021 auf 2022 betrug der Rückgang 18%. Besonders groß war dieser im Bezirk Neusiedl am See, unter anderem aufgrund der Trockenheit und Konkurrenzfrüchten wie Saatmais und Kartoffel.

Neuer Geschäftsführer im Rübenbauernbund

Bei der 60. Vollversammlung standen auch Neuwahlen auf der Tagesordnung, bei denen Markus Fröch einstimmig als Präsident wiedergewählt wurde. Aufgrund von Pensionierungen gibt es mit Alfred Vukovich und Wolfgang Paar zwei neue Vizepräsidenten. Helmut Meszaros ist neuer Aufsichtsratsvorsitzender. Wolf Reheis - Leiter der Pflanzenbauabteilung in der LK - folgt Otto Prieler als Geschäftsführer nach, der mit Jahresbeginn in Pension gegangen ist.

Agrana Drei-Jahres-Vertrag

Um die heimischen Rübenbauern abzusichern und die Versorgung mit regionalen Zuckerrüben zu gewährleisten, bietet die Agrana interessierten Landwirten einen Drei-Jahres-Vertrag mit einem garantierten Mindestpreis pro Tonne Zuckerrübe an. "Damit wird nicht nur das Einkommen, sondern auch die Existenz unserer Rübenbauern gesichert. Er macht die Bewirtschaftung wieder attraktiv. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Zuckerrübenbauern auch weiterhin diese regionstypische Pflanze anbauen können und sich die Bewirtschaftung lohnt. Ist das nicht der Fall, wird Ware aus dem Ausland importiert. Dies führt zum Verfall unserer Kulturlandschaft und ist nicht im Sinne des Klimaschutzes", plädiert Fröch abschließend. (Schluss)

Strasser: Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit sind keine Gegensätze

Agrarumweltprogramm verzeichnet 4.000 Anträge mehr als im Vorjahr

Wien, 17. Jänner 2023 (aiz.info). - Mit der neuen Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) läuft auch die Beantragung zum bewährten Österreichischen Agrarumweltprogramm (ÖPUL). Erste Zahlen zeigen: Die Anzahl der teilnehmenden Betriebe konnte im Vergleich zum Vorjahr um 4.000 auf mehr als 90.000 gesteigert werden. "90.000 Anträge zum Agrarumweltprogramm sind ein klarer Indikator dafür, dass unsere bäuerlichen Familienbetriebe den Schutz von Flora und Fauna vorleben. In Anbetracht vielfältiger Krisen und dadurch bedingter Verwerfungen auf den Märkten sind die freiwilligen Mehrleistungen unserer Bauernfamilien zum Schutz von Natur und Umwelt umso höher einzustufen", begrüßt Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** diese Entwicklung.

Im Rahmen des ÖPUL mit einer breiten Palette aus insgesamt 25 verschiedenen Maßnahmen stiegen die Zahlen der teilnehmenden Betriebe etwa bei der umweltgerechten und biodiversitätsfördernden Bewirtschaftung (UBB) sowie im Bio- und im Naturschutz-Bereich. "Das unterstreicht die Vorreiterrolle unserer Bäuerinnen und Bauern beim Klima- und Artenschutz. Eine nachhaltige Wirtschaftsweise und die Sicherstellung der Versorgung sind keine Gegensätze, sondern gehen vielmehr Hand in Hand. Die kleinstrukturierte und standortangepasste Landwirtschaft in Österreich schafft es, die Menschen in diesem Land zu ernähren, und ist mit ressourcenschonenden Wirtschaftskreisläufen europaweit anerkanntes Vorbild", so Strasser.

Bis 2027 stehen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft sowie der Ländlichen Entwicklung 1,8 Mrd. Euro an GAP-Mitteln zur Verfügung. 574 Mio. fließen daraus in das ÖPUL. "Die Tatsache, dass 80% der Betriebe daran teilnehmen und über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus produzieren, zeigt den Erfolg der österreichischen Agrarpolitik. Unsere Land- und Forstwirtschaft bleibt damit zukunftsfit", so Strasser abschließend. (Schluss)

proPellets Austria: Gesetzliche Bevorratungspflicht für mehr Versorgungssicherheit

Produzenten und Händler sollen 10% auf Lager legen müssen

Wien, 17. Jänner 2023 (aiz.info). - Pellets spielen eine immer wichtigere Rolle für die Energieversorgung in Österreich. Mehr als 180.000 Haushalte, zahlreiche Gewerbebetriebe, Schulen, Kindergärten und Altersheime setzen aktuell auf diese Wärmeenergiequelle. Auch die Zahl der neu installierten Pelletheizungen stieg 2021 um 50% gegenüber dem Jahr davor. Die russische Invasion in der Ukraine hat aber auch hier gezeigt, dass eine hohe Versorgungssicherheit und damit stabilere Preise nur mit einer gesetzlichen Pelletbevorratungspflicht zu erreichen sind, wie sie heute der Branchenverband proPellets Austria gefordert hat.

Das Modell im Detail

Der Vorschlag von proPellets sieht vor, Produzenten und Importeure, die in Österreich Pellets in Umlauf bringen, zu verpflichten, saisonale und strategische Reserven aufzubauen. Konkret geht es

um eine saisonale Reserve von 5% der im Vorjahr im Inland verkauften Ware - aktuell rund 65.000 t -, die bis 1. Dezember nachzuweisen ist und ab 15. Dezember wieder zur Versorgung des Marktes ausgeliefert werden soll. Zusätzlich ist eine dauerhafte strategische Reserve von 5% der im jeweiligen Vorjahr verkauften Menge aufzubauen. Um Marktverwerfungen zu vermeiden, soll die strategische Reserve bis 1. Dezember 2024 aufgebaut werden. Bis 1. Dezember 2023 soll die Hälfte der vorgeschriebenen Mengen erreicht werden. Eine Freigabe der strategischen Vorräte könnte auf Basis einer Empfehlung des Energielenkungsausschusses durch eine Verordnung des zuständigen Ministeriums erfolgen.

Die kalkulierten Kosten für die Bevorratung auf Basis von Expertenschätzungen belaufen sich laut proPellets je nach Marktpreis, zwischen 1,1 und 1,9% des Endkundenpreises.

"Das letzte Jahr zeigt deutlich: was für Öl und Gas schon längst gilt, muss auch für Pellets umgesetzt werden. Die Einrichtung verpflichtender strategischer Reserven ist dringend notwendig, um im Zuge der Energiewende eine stabile Versorgung mit erneuerbarer Energie zu gewährleisten", plädiert **Christian Rakos**, Geschäftsführer von proPellets Austria und Präsident der World Bioenergy Association.

Im Dezember 2022 lag der Pelletpreis in Österreich mit 54 Cent/kg um 10,2% niedriger als im Vormonat. Heizöl war im Dezember rund 20% teurer als Pellets, Heizen mit einem neuen Erdgasvertrag kostet aktuell mehr als doppelt so viel wie mit Pellets. (Schluss)